

Klare Ziele – flexible Mittel

Für eine bäuerliche Landwirtschaft: Standortbestimmung aus Sicht der Abl

von Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hat scheinbar ganz unterschiedlich Position bezogen zur jüngsten Agrarreform und zur Reform der Zuckermarktordnung. Mal war sie den einen zu liberal, mal den anderen zu sehr mit Bewahren des Bestehenden befasst. Während das Ziel nie aus den Augen geriet, erwiesen sich die alten Kategorien und Messlatten als immer weniger tauglich, um die gewandelte gesellschaftliche, ökonomische und politische Situation aus Sicht der bäuerlichen Landwirtschaft noch adäquat zu beurteilen. Was also tut Not? Folgender Beitrag versucht eine Standortbestimmung.

Für so manch einen hat die Abl mit ihrer Stellungnahme für eine Reform innerhalb der bestehenden Zuckermarktordnung das Boot endlich wieder auf den richtigen Kurs gebracht. Für eine Reform statt eine Abschaffung der Zuckermarktordnung sprechen in der Tat viele vernünftige Gründe:

Die jetzige Zuckermarktordnung sichert einen Rübenpreis in der EU, der die Produktionskosten unserer Bauern deckt. Gleichzeitig führte sie aber dazu, dass die EU nach Brasilien zweitgrößter Zuckerexporteur der Welt ist, obwohl unsere Produktionskosten dreimal so hoch sind wie der Weltmarktpreis. Möglich wird dieses Dumping, weil der Export durch Abgaben der Bauern und durch Steuergelder finanziert wird. International ist die Folge verheerend, denn mit diesem System zerstört die EU Märkte von Entwicklungsländern bzw. schließt deren Zuckerwirtschaft von wichtigen Märkten aus. Dieses Exportdumping ist zu beenden, d.h. auch kein Export von C-Zucker.

Während einige daraus den Schluss ziehen, die EU solle die Zuckermarktordnung mit Quoten und Außenschutz ganz abschaffen, und die EU-Kommission meint, der garantierte Zucker-/Rübenpreis in der EU müsse um über ein Drittel abgesenkt werden, um die Erzeugung von Zucker in der EU uninteressanter zu machen, schlagen wir einen anderen Weg vor: Erhalt der Zuckermarktordnung bei drastischer Quotenreduzierung,

aber Absicherung eines kostendeckenden EU-Preises. Denn ein niedriger Preis würde den ärmsten Ländern nicht helfen, weil ihre Produktionskosten ähnlich hoch wie in der EU liegen: Sie sind auf einen hohen EU-Preis angewiesen. Die AKP-Länder profitieren seit langem

von einem privilegierten Kontingent von 1,6 Millionen Tonnen pro Jahr. Von einem niedrigen EU-Preis würden vor allem Billigerzeuger wie Brasilien profitieren. Notwendig ist es, anderen Ländern zunehmend privilegierte Lieferrechte in die EU zu geben. Damit das wiederum nicht zu einem Sozial- oder Ökodumping in die EU führt, wollen wir auch diese Importe an die Standards binden, die für die europäischen Bauern gelten. Wer die Standards noch nicht erfüllen kann, der ist mit europäischer

Hilfe in die Lage zu versetzen, diese Standards zu erreichen. Alles in allem also ein System, das auf der politischen Ordnung eines Marktes basierend als Ziel hat, bäuerliche Zuckererzeugung in Nord und Süd zu ermöglichen. Dazu ist ein qualifizierter Außenschutz notwendig.

Zuckermarkt: Wieder auf Linie ...?

Sind wir damit also zurück im sicheren Hafen? Haben wir so wie früher argumentiert? Liegt die Gestaltungskraft nicht nach wie vor in der Politik, beim Staat und

Eisen

*Im Traum heute Nacht
Sah ich einen großen Sturm.
Ins Baugerüst griff er
Den Bauschragen riß er
Den eisernen, abwärts.
Doch was da aus Holz war
Bog sich und blieb.*

Bertolt Brecht

seiner Administration? Ist das Einspeisegesetz, das die Wettbewerbskraft regenerativer Energien in einer für Europa einmaligen Art und Weise stärkt, nicht der beste Beweis für die Richtigkeit des Einforderns gerechter Preise über staatliches Handeln statt sie dem freien Markt zu überlassen?

Sicherlich, unsere alten Forderungen nach einem staatlich durchgesetzten gestaffelten Preis waren richtig. Richtig zu ihrer Zeit. Die Landwirtschaft war fest eingebunden in die staatlichen Markt- und Preisordnungen. Rationalisierung und Industrialisierung der Produktion führten jedoch zur Senkung der Produktionskosten in den rationalisierten Wachstumsbetrieben, benachteiligte die arbeitsintensivere bäuerliche Landwirtschaft und brachte sie damit unter die Räder. Ein gestaffelter Erzeugerpreis hätte diese Ungleichheit ausgleichen können. Innerhalb des administrativen Systems war daher die Forderung nach einem gestaffelten Preis genau der richtige Ansatz, um das Ziel „faire Wettbewerbsbedingungen für die bäuerlichen Betriebe“ zu erreichen. Dass wir diese Forderung nicht durchsetzen konnten, steht auf einem anderen Blatt. Rein technisch gesehen wäre es möglich gewesen, die Auszahlungspreise zu staffeln. Dies zeigt sich allein schon daran, dass heute der gestaffelte Preis von zahlreichen Molkereien praktiziert wird, nur im umgekehrten Sinne: wer mehr abliefern, bekommt pro Liter einen Zuschlag.

...oder neoliberal geworden?

Von der Forderung an die Politik, gestaffelte Preise administrativ durchzusetzen, ist die AbL abgerückt, aber nicht nur, weil diese nicht durchsetzbar waren, sondern weil sich die Situation grundlegend geändert hat. Viele Bauern und Bäuerinnen haben eine eigene und andere Antwort gefunden, um ihre Existenz zu sichern. Einige von ihnen haben mutig und risikobereit das „alte“ administrative System – die Erzeugung im Rahmen der Marktordnungen – verlassen und sich auf den freien regionalen Markt begeben. Entgegen unserer eigenen Annahmen, der Erzeugerpreis müsse sich zwangsläufig immer weiter nach unten bewegen, haben diese Bauern und Bäuerinnen – zusammen mit neuen Bündnispartnern in der Verbraucherschaft – zumindest für ihre Betriebe den Trend umgedreht. Sie haben begonnen ihre Bäuerlichkeit wieder in Wert zu setzen statt agrarische Rohstoffe herzustellen, und sie erzielen mit Qualität, Tierschutz und Umwelt in der Regionalität höhere Marktpreise. Verbraucher honorieren dies und die AbL hat diese Prozesse unterstützt: 1988 mit der Gründung des AgrarBündnisses und des Markenfleischprogrammes NEULAND, mit zahlreichen Tagungen und – natürlich auch – mit ihrer Politik.

Aber auch diese Betriebe haben zu kämpfen. Fehler in der Förderpolitik, vor allem die fehlende Anbindung der Prämien an die Arbeitskräfte, die Erweiterung nach Osten und eine schwierige Marktlage – viele Faktoren führen dazu, dass diese aus einer Inwertsetzung bäuerlicher Landwirtschaft heraus entwickelten Marktsegmente heute auch unter Druck stehen und sich mit sinkenden Erzeugerpreisen auseinandersetzen müssen. Denn das allgemeine Preisniveau, das sich an den Produktionskosten der rationalisierten Betriebe orientiert, schlägt auch auf „unsere“ Märkte durch und zieht unsere Preise mit nach unten. Heute fordern wir ein Mehr an Kommunikation auf dem Markt über die volkswirtschaftlichen Kosten der agrarindustriellen Produktion, wir fordern ehrliche Kennzeichnung, eine Demokratisierung der gesamten Ernährungswirtschaft, verbunden mit der Eigenverantwortung aller. Wir fordern keine Abnahmegarantie, kein Einspeisegesetz für BioWare, obwohl das politisch nicht unmöglich wäre. Sind wir deshalb „Freihändler“ geworden? Reden wir nun den Neoliberalen das Wort und entlassen den Staat und die Politik aus ihrer Verantwortung für die soziale Gestaltung der Verhältnisse?

Das Ziel entscheidet über die Mittel

Was heißt Politik? Politik heißt nicht, sich auf bestimmte Begriffe, Systeme und Ideologien zu versteifen. Was gestern ein richtiges Instrument zur Durchsetzung unserer Anliegen war, muss es nicht heute sein. Im Gegenteil. Der Streit um die Instrumente versperrt den Blick auf das Ziel. Wenn man ihn überwindet, können die Ziele konsequenter verfolgt werden.

Bei der Einführung der Milchquote haben wir von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) gegen die Kontingentierung in der vorgeschlagenen Fassung massiv gekämpft. Zu Recht: zwei Drittel aller Milchviehbetriebe der EU gaben seit der Einführung der Kontingentierung auf. Heute sind wir gegen die Abschaffung der Quote und gegen die völlige Liberalisierung des Milchmarktes. In der jetzigen Situation ist auch dieses wiederum richtig. Denn unser Anliegen war es immer, die bäuerliche Landwirtschaft nicht nur zu verteidigen, nicht in einem rückwärtsgerichteten Sinne ihre Strukturen zu erhalten, sondern ihre Wertsetzungen zu bewahren: ihre Nachhaltigkeit im Umgang mit Tier und Natur, ihre sozialen Anliegen und ihre Kultur. Bäuerliche Landwirtschaft ist kein statischer Begriff. Sie hat sich immer gewandelt, den verschiedenen Bedingungen angepasst, sich eigenständig weiterentwickelt. Erst unter dem „Angriff“ der industriellen Produktion geriet sie ins Wanken, wurde aufgerufen, sich neu zu finden und zu definieren. Diese Definition hat

sie in einem mutigen Schritt nach vorne vorgenommen und sich in einer Rückbesinnung auf alte Werte neu an den Markt gewagt.

Politik heißt, die historische Situation vernünftig zu bewerten und entsprechend für Mehrheiten und konsequentes Handeln zu sorgen. Es bedarf dazu verantwortungsbewusster Urteilskraft – in verantwortlicher Haltung und mit Mut für seine Überzeugung das Risiko einzugehen auch einmal falsch zu liegen. Vorhandene formale Wirtschaftskenndaten (Größe, Umsatz, Deckungsbeiträge) oder formelhafte Weltbilder – sie blockieren oft genug diese notwendige Urteilskraft und den Mut sich zu entscheiden. Beide Seiten – die liberalen Ökonomen wie ihre linken Kritiker – neigen dazu, die Situation schematisch zu beurteilen. Da sind sie auf der sicheren Seite, jeder für sich. Das herrschende Milieu ist durchsetzt vom formelhaften Weltbild der Wirtschaftsliberalen – die halbe Agrarverwaltung hat die Göttinger Schule von Koester und Tangermann hinter sich. Aber müssen wir deshalb den Gegenpol einnehmen? B sagen, wenn diese A postulieren?

In der Ökonomie – zumindest an den traditionellen Ökonomie-Hochschulen vor allem in Frankreich – regt sich seit zehn Jahren Widerstand gegen diese reduktionistische Weltsicht der Ökonomie. Sie nennen sich „Post-Autisten“ – da sie nicht mehr autistisch über Wirtschaft und damit über Gesellschaft nachzudenken bereit sind. Auch unsere alte Weltsicht war auf ihre Weise autistisch. Mehr vom selben führt nicht immer zum gewünschten Ziel.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft hat mehrheitlich – auch gegen den Widerstand aus eigenen Reihen – bei der Agrarreform das Modell der Entkopplung unterstützt. Eine unserer alten Forderungen im Rahmen der Agenda 2000 war, dass Grünland in die Förderung einbezogen werden sollte, zumindest aber sollte die Silomaisprämie fallen. Mit der Entkopplung fällt die Logik der Maisprämie von alleine. Jetzt konkurriert der Silomais in der relativen Vorzüglichkeit mit Klee gras und Grünland – wer gewinnen wird, das werden wir in den nächsten Jahren an der Statistik ablesen können. Die Entkopplung bot die Chance, das zu erreichen, was wir schon lange wollten im Hinblick auf unsere Wertsetzung der bäuerlichen Landwirtschaft, nämlich: Stützung des Grünlandes und der bäuerlichen Milcherzeugung. Außerdem sind mit der Entkopplung bisher nicht prämierte Feldfrüchte in die allgemeine Flächenprämie einbezogen worden.

Neue Koalitionen

Natürlich, unsere Forderungen richteten sich auch früher nie allein an den Staat. Wir hatten stets auch unse-

re Markt-„Partner“ im Blick und ihr Interesse, uns Bauern zu reinen Rohstofflieferanten zu machen. Um die Demokratisierung der Genossenschaften – „unserer“ Organisationen – haben wir uns viele Jahre bemüht, mal mit, meist ohne Erfolg. Sollen wir, besser: können wir Campina demokratisieren oder Aldi und Lidl? Als bäuerliche Landwirtschaft sind wir längst nicht mehr stark genug, um die Angebotsseite solcher „Genossenschaften“ zu organisieren – von einigen beachtenswerten Ausnahmen wie der Milchinitiativen (Bundesverband Deutscher Milchbauern) einmal abgesehen. Wir müssen Koalitionen auch über unsere eigene landwirtschaftliche Klientel hinaus eingehen. Wir sehen es ja nun schon lange selbst bei den großen Industriegewerkschaften, wie schwer und auch fragwürdig es ist, eine rein gewerkschaftliche (Arbeiter- oder berufs- und standesbezogene) Position einzunehmen. Daraus erwächst keine Stärke mehr, sondern zunehmend Schwäche und Angreifbarkeit. Es war daher sehr weitsichtig, Koalitionen mit anderen gesellschaftlichen Kräften, letztlich mit Verbraucherinnen und Verbrauchern aktiv zu suchen und ein AgrarBündnis zu schmieden.

Die Lebensmittelskandale und die drohende Genemigung für den Marktzugang gentechnisch veränderter Lebensmittel – sie haben neue Interessenslagen geschaffen. Wir haben sie situativ genutzt. Zum Beispiel die BSE-Krise: Wir haben die Situation klar beurteilt, wir haben gefragt: Was sind die Ursachen? Und wir haben die Ursachen in der Logik und Entwicklungsdynamik der industriellen Landwirtschaft identifiziert. Wir haben gesagt, wie Landwirtschaft sein muss, damit ein solcher Skandal nicht mehr passiert. Wir haben Ross und Reiter genannt. Der Bauernverband hat nur die üblichen Nebelbomben geworfen und die Sachlage gegenüber den Verbrauchern zu verschleiern versucht. Unsere Analyse hat der Politik ein klares Angebot gemacht, die Politik hat reagiert. Jetzt beschweren sich einige, dass diese Regierung nicht unsere Politik macht. Natürlich hat unser Angebot nicht sofort und selbstläufig zu einer faktischen Veränderung der Wirklichkeit geführt, aber: die politischen Perspektiven haben sich verschoben. Wir haben die Situation genutzt für einen Stimmungsaufschwung gegen die industrialisierte Agrarproduktion. Dass wir das konnten ist die logische Folge der jahrelangen Vorarbeiten in den Bündnissen. Ihre Forderungen wurden nun konsequent auf die Regierungsebene gehoben. Die strategische Verbindung mit dem Interesse der ganzen Gesellschaft an Verbraucherschutz führte dazu, dass wir heute stärker gehört werden als zuvor. Nun sind viele Gremien neu besetzt, der Bauernverband ist unwiderruflich geschwächt. Es geht um Strategien in der Politik, nicht um Wahrheiten. Dabei ist das Ergebnis immer offen – erst am Ende kann man sehen, ob man getroffen hat. Das Wagnis bleibt.

Zur Not auch vor Gericht

Nicht alle unsere Anliegen können sich gleich mit öffentlich diskutierten Themen verbinden. Aber wer nicht mit ökonomischer Macht drohen kann, ist auf die Unterstützung der Öffentlichkeit angewiesen. Auch mit Gerichtsverfahren hat die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft beachtliche Erfolge erzielt in Bereichen, in denen sich die politisch-administrativ Tätigen gegen die Zielsetzung der bäuerlichen Landwirtschaft richten und eine Mobilisierung der öffentlichen Meinung nur schwer möglich war. Nehmen wir die Nachbauregelung, das selbstverständliche Recht der Bauern auf Wiederaussaat der eigenen Ernte und damit letztlich auch auf züchterische Betätigung. Es sollten Patente eingerichtet und, wo dies nicht möglich, Gebühren für Nachbau erhoben werden. Während der Bauernverband mit den Pflanzenzuchtfirmen einen Deal auf Kosten der Bauern einging, gründeten AbL'er eine Interessengemeinschaft und zogen vor Gericht. Was zuerst waghalsig erschien, bewegt nun alle Instanzen bis hin zum Europäischen Gerichtshof. Und das mit großem Erfolg. Herzlichen Glückwunsch an die Mutigen, die für alle Bauern und Bäuerinnen sich das Recht genommen haben, ihr Recht zu verteidigen!

Und doch müssen wir auch hier klar sehen, dass die Durchsetzung unserer Anliegen mit rechtlichen Mitteln auch von der politischen Mobilisierung abhängig ist. Die Entscheidungen der Gerichte richten sich auch nach der öffentlichen Meinung, beeinflussen diese wiederum und können zur Korrektur einer den gesellschaftlichen Veränderungen nicht mehr Rechnung tragenden Rechtslage führen. Wir strengen derzeit eine weitere Klage an gegen die staatlich geförderte Bodenrestauration zu Lasten der bäuerlichen Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Wir klagen, wo politisch Verantwortliche sich wegducken. Wir klagen auch, obwohl uns Vorwürfe erreichen, wir wollten die „alten Junker-Verhältnisse“ wieder etablieren, wo sich doch längst eine Kaste aus „roten“ Junkern das Land angeeignet hat. Immer gilt es die Frage zu beantworten: unterstützt das Mittel unsere Zielsetzung?

Ständig politisches Neuland

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft lebt davon, dass sie bereit ist, politisch sowohl Bündnisse als auch Risiken einzugehen. Sie lebt nicht von Aus- und Abgrenzung. Das Neue, das historisch gesehen mit der AbL aufkam, gelang deshalb, weil Bauern und Bäuerinnen eine gedankliche und wirtschaftliche Freiheit wagten und aussprachen, was andere sich zu denken verboten hatten. Dass sich andere Menschen – Tier- und

Umweltschützer, an Lebensmittelqualität interessierte Verbraucher – mit ihren anderen Sichtweisen und Ideen mit diesen Bauern und Bäuerinnen verbunden haben ist ein großer Gewinn. Wir sind unverbogene Individualisten. Wir sind keine Formalisten, keine Anbeter von Kenndaten der Betriebs- und Volkswirtschaft. Wir haben gegenseitige Impulse aufgenommen und gelernt, die Dinge auch einmal aus der Warte des anderen zu sehen.

Wenn die AbL auch in Zukunft diejenige Organisation sein will, die sich mutig aus der Deckung wagt wo andere den Kopf einziehen, die mit ihren Positionspapieren gefragt und gehört wird, dann müssen wir bereit sein – wie in der Vergangenheit – die anstehenden und auch die erst erahnten agrarpolitischen wie gesellschaftlichen Themen ständig neu in Frage zu stellen. Wir müssen uns die Wahl der Instrumente vorbehalten und freihalten.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft braucht dazu beides: den offenen Diskurs, d.h. die Freiheit, viele Standpunkte, Meinungen, Werte und Ideen einzubeziehen, und den Mut, zur richtigen Zeit die notwendigen Entscheidungen für Positionen und Forderungen zu treffen und die Verantwortung dafür auch zu übernehmen. Wir werden dazu auch die Frage unserer Organisation überdenken. Die Grabenkämpfe der Alten sind nicht die Interessen der Jungen. Individuell zu denken und zu entscheiden ist ihre Stärke. Sie mögen unsere Ideologien nicht, sie mögen vielmehr den Austausch und die Foren, in denen die Kommunikation und das „Networking“ auf allen Ebenen stattfinden kann: persönlich, wirtschaftlich, politisch. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft wird den Weg, den sie seit Jahren beschreitet, in diesem Sinne konsequenter gehen müssen. Auch hier bestimmt das Ziel die Mittel: Tagungen für den Austausch, die Bildung von Interessensgemeinschaften zur Durchsetzung bestimmter Anliegen. Kann sein, dass die Jüngeren auf unsere Erfahrungen aufbauen und sie weiterführen, neu und anders. Das wollen wir dann begleiten und aushalten.

Autor

Dr. Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), MdEP Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz im Europäischen Parlament, Vize-Präsident des Agrarausschusses des Europäischen Parlaments.

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)
Bahnhofstr. 31
59065 Hamm
E-Mail: fgraefe@europarl.eu.int

